

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
4. Februar 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeinin (Sunder), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Gurtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Aus dem preussischen Landtag. — Kriegsbeschädigte als Textilheim-
arbeiter? Von Hermann Jäckel. — Die militärische Jugendvor-
bereitung. Von Mathilde Wurm. (Schluß.) — Aus der Bewegung:
Weihnachtsfeier im Frauenleseabend des zweiten Berliner Wahl-
kreises Süd. — Politische Rundschau.
Notizenteil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im
Ausland. — Frauenstimmrecht. — Fürsorge für Mutter und Kind.
— Gewerkschaftliches.

Aus dem preussischen Landtag.

Die Politik Preußens und die Reichspolitik stehen im innigsten Zusammenhang. Der Gang der Entwicklung in Preußen muß notwendig die des Reiches mitbestimmen. Allein schon deshalb, weil Preußen der weitaus größte, wirtschaftlich wie politisch führende Bundesstaat ist. Darum sind auch die Statsdebatten im preussischen Landtag von derselben Wichtigkeit wie die Verhandlungen im Reichstag. Die Steuerfrage, die Wahlrechtsfrage und die Frage des Friedens standen im Mittelpunkt der Sitzung vom 17. Januar. Alle drei Fragen sind fest miteinander verknüpft und durch den Krieg in den Vordergrund geschoben worden. Nicht nur das Reich, auch die Einzelstaaten bedürfen neuer Steuerquellen, um die riesig steigenden Ausgaben zu decken und die anwachsende Schuldenlast zu verzinsen. Für das Reich schafft der Krieg in Gestalt des Zinsendienstes und der anderen Verpflichtungen ungeheure Mehrausgaben, die unmöglich auf indirektem Wege aufgebracht werden können. Direkte Steuern waren bisher aber ein Recht der Einzelstaaten. Eine vollkommene Neugestaltung des Steuerwesens, des Verhältnisses von Einzelstaat zu Reich wird die unvermeidliche Folge.

Die Konservativen und verwandten Parteien im preussischen Landtag wehren sich gegen jeden Versuch, direkte Steuern zur Reichssache zu machen. Es liegt das nicht im Interesse des Besitzes, zumal in Preußen, wo, nach konservativer Ansicht, ein „ideales“ Wahlrecht besteht. Das Dreiklassenwahlrecht sichert gerade in den Steuerfragen den größeren Vermögen die ausschlaggebende Macht im Landtag. Um so mehr muß gerade jetzt, wo neue, ungeahnte große Lasten bevorstehen, die preussische Wahlrechtsfrage alle Gemüter erregen. Die Regierung hat in der Thronrede zur Wahlrechtsfrage sich dazu geäußert, aber sehr unklar. Das genügt indessen, um die rechtsstehenden Parteien in Garnisch zu bringen. Um so richtiger war es, daß die Sozialdemokratie alle ihre demokratischen Forderungen — die Dänen- und Polenpolitik inbegriffen — energisch betonte.

Sowohl Steuer- wie Wahlrechtsfragen hängen eng mit der Friedensfrage zusammen. Nur der Frieden kann ihre Erledigung bringen, je länger der Krieg dauert, desto schwieriger werden die zu lösenden Probleme. Die sozialdemokratische Fraktion konnte deshalb weder zur Steuer- noch zur Wahlrechtsfrage Stellung nehmen, ohne ihre grundsätzliche Stellung zum Krieg und zur Friedensfrage deutlich zu um-

schreiben. Genosse Sirsch hat deshalb eine Erklärung verlesen, die gegen eine Minderheit der Fraktion beschlossen worden war. Sie verdient die Beachtung aller Proletarier, denn sie ist die erste grundsätzlich-sozialistische Erklärung, die seit dem Kriege in einem deutschen Parlament erfolgt ist. Sie nimmt Stellung zur Kriegs- und Friedensfrage in folgenden Worten:

Die Regierung keines Landes hat bisher ihrem Friedenswillen öffentlich in einer Form Ausdruck verliehen, die es den Regierungen anderer kriegführenden Länder oder einer neutralen Regierung ermöglicht, amtlich Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Der deutsche Reichskanzler hat am 9. Dezember 1915 im Reichstag erklärt: „Kommen uns unsere Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir bereit, sie zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein der großen, von uns erstrittenen und unerschütterlich dastehenden Waffenerfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Elends ab, das Europa und die Welt erfüllt. Es soll nicht heißen, wir wollten den Krieg auch nur um einen Tag unnötig verlängern, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand erobern wollten.“ Diese Worte sprechen ebenso wenig wie ähnliche Regierungskundgebungen der anderen Kriegführenden eine Friedensbereitschaft aus, die zu Friedensverhandlungen führen könnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie belunden allerdings die Bereitschaft zu einem Frieden, aber nur auf Grundlage des eigenen Sieges und seiner Anerkennung durch Unterwerfung des Gegners. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß der Reichskanzler, der öffentlich kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerliche Annektionspolitik mächtiger wirtschaftlicher Verbände und anderer höchst einflußreicher Kreise gefunden hat, nicht nur diese Pläne entschieden zurückweist, sondern sich von jeder Annektionspolitik lossagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die das entscheidende Hindernis für jeden Friedensschluß ist und die Entschlossenheit der Feinde zum Widerstande bis aufs äußerste steigern. Die Drohung des Reichskanzlers: je länger und beharrlicher die Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr würden die von ihnen an die Zentralmächte zu leistenden Garantien wachsen, muß die Erbitterung noch vermehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Fortsetzung dieser imperialistischen Gewaltpolitik muß notwendig dazu führen, den Frieden in unabsehbare Ferne zu rücken und die europäische Bevölkerung und Kultur in dem immer wahnwühigeren Erschöpfungskampfe zu vernichten, in dem es keinen Sieger, nur Besiegte geben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Selbstverständlich darf auch nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein Mensch Deutschland einen Frieden zumuten, der unsere politische und wirtschaftliche Selbständigkeit antastet, schon deshalb nicht, weil der unterliegende Teil, nicht zuletzt die Arbeiterklasse, die Folgen eines solchen Friedens als unerträglich empfinden und weil damit nur die Wiederholung der jetzigen Völkerschlächtereien heraufbeschworen werden würde. Unsere Existenzmöglichkeiten erblicken wir nicht in der Schaffung eines imperialistischen Groß-Deutschlands oder Mitteleuropas, sondern in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander, wie sie durch den Ausbau der Demokratie, die Beseitigung der Geheimdiplomatie und die auf freier Vereinbarung beruhende Aufhebung der Zollschranken herbeizuführen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Umgekehrt können wir als internationale Sozialdemokraten, geirre

unseren programmatischen Grundsätzen und unserer ganzen Weltanschauung, auch niemals die Hand dazu bieten, daß andere Völker unterjocht werden und ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit angetastet wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn wir empfinden die Leiden der Proletarier der uns heute feindlich gegenüberstehenden Länder genau so, wie die Leiden unserer eigenen Volksgenossen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Feinde werden nur dann zu einem Frieden geneigt sein, wenn ihnen die gleiche Sicherung und Wahrung ihrer nationalen Rechte und Interessen gewährleistet wird, wie wir Sozialdemokraten sie für Deutschland beanspruchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Insbesondere verlangen wir, daß die völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens wiederhergestellt und das diesem Land zugefügte Unrecht in vollem Umfang wieder gutgemacht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.)

Nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen Staaten muß jeder nüchterne Beurteiler es als eine Utopie betrachten, daß die eine oder die andere Seite einen Sieg erringen könnte, so gewaltig, um dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In keinem Lande hat das Volk den Krieg gewollt. Aber all heischen die Massen immer ungestümer, daß dem entsetzlichen Blutvergießen ein Ende gemacht und der Zerrüttung des Volkswohlstandes Einhalt geboten wird. Unübersehbar sind schon jetzt die Opfer. Jeder Tag läßt das Meer von Blut und Tränen anschwellen. Sind sich diejenigen, die den Krieg heraufbeschworen haben, die das für Abare Maß der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie gegenüber der gesamten Menschheit tragen, ihrer Verantwortung bewußt? Graut ihnen nicht vor dem Anwachsen der Erbitterung, zu der die Verlängerung des Krieges die Massen aufpeitschen muß? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierungen der kriegsführenden Länder heute noch nichts von einem Frieden wissen wollen, so sehen sie sich damit aufs neue in schärfsten Widerspruch zu der großen Masse der Bevölkerung, die nichts sehnlicher herbeiwünscht, als sich wieder friedlicher Kulturarbeit widmen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet worden, weitere Millionen sind verkrüppelt oder mit schleichendem Siechtum behaftet; zahllose Existenzen sind zerstört worden. In wenigen Monaten wurde die Kultur eines Jahrhunderts zerrüttet. Vieler Jahrzehnte wird es bedürfen, um das Zerstörte wieder aufzubauen. Die Regierung, die auch jetzt noch nicht die Hand zum Frieden bietet, häuft das Maß der Schuld gegenüber der gesamten Menschheit wie gegenüber dem eigenen Volke. Wir fordern, daß die deutsche Regierung den Regierungen anderer Länder vorangeht und ihre Eroberungspläne aufgibt, damit die Bahn für den dem Wohle der Menschheit dienenden Frieden geebnet wird. Der Ausbruch und der Verlauf des Krieges hat vor aller Welt das imperialistische Gewaltsystem gebrandmarkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht durch die Macht der Bajonette, nicht durch Eroberungen und Vergewaltigungen, nicht durch das Aufwerfen neuer Volkwerke in Gestalt von Gebietsveränderungen kann Frieden und Kultur gesichert werden, sondern nur durch die bewußte Opfer- und kampfbereite Interessensolidarität der Proletarier aller Länder. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach Berlesung der Erklärung verbreitete sich Genosse Hirsch über Teuerung, Lebensmittelwucher, steigende Unterernährung, Tuberkulose, Säuglingssterblichkeit in den unermittelten Volksschichten usw. Er betonte, daß die Fühlung zwischen Regierung und Volk fehle, was nicht wunder nehmen könne, da die öffentliche Kritik durch die Zensur unterbunden, das Vereins- und Versammlungsrecht illusorisch gemacht sei. Auch mit der Kriegsfürsorge beschäftigte sich Genosse Hirsch und verlagte vielen Anordnungen nicht seine Anerkennung. Er rügte es jedoch, daß oft untergeordnete Behörden sich nicht zu einer sozialen Auffassung des Unterstützungswezens aufschwingen können. Die Erhöhungen der Unterstützungssätze haben mit den steigenden Preisen nicht Schritt gehalten. Die Notlage der Textilarbeiter verlange ganz besonders energische Maßnahmen. Der Bundesrat habe Mittel bereit gestellt, aber in Preußen sei noch nichts Wirkames geschehen.

Nachdem Genosse Hirsch die Fragen des Wohnungsmarktes, der Kriegsteuer, der Verwaltungspraxis, der Polen- und Dänenpolitik erörtert hatte, sprach er zur preussischen Wahlrechtsfrage. Den Bestrebungen, die Wahlrechtsfrage immer weiter zurückzuschieben, begegnete er mit der Warnung vor der steigenden Heftigkeit der Wahlrechtskämpfe. Die Sozialdemokratie habe die Pflicht, dem Volke zu sagen, daß man ihm zwar neue Pflichten, nicht aber neue Rechte gebe. Versprechungen allein genügen nicht mehr. Vor allem müsse schnelligst das geheime Wahlrecht in Preußen eingeführt werden, damit die wirkliche Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck kommen könne. Die Regierung müsse die Grundlage nicht nur der Wahlrechtsreform, sondern der ganzen Neuorientierung ihrer Politik aufzeigen und sich nicht mit allgemeinen Redewendungen begnügen.

In seiner Antwort meinte Minister Loebe: „Das deutsche Volk habe für Geist und Sinn der sozialdemokratischen Erklärung kein Verständnis.“ Ein preussischer Minister muß das ja wissen. Natürlich verteidigte Herr v. Loebe die Politik des Reiches, sprach von „westpolitischen Bestimmungen“ und meinte: „Wir haben wohl Sorgen, aber wir haben keine Not.“ Zur Wahlrechtsfrage drückte er sich wenigstens insofern deutlicher aus, als er eine „Änderung der für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten geltenden Bestimmungen“ ankündigte. Die Regierung sei entschlossen, nach Friedensschluß Preußen und Deutschland von dieser „umstrittenen Frage dauernd zu entlasten“. Der Minister hofft, daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei auch im Frieden den Weg weitergehen wird, den sie seit Kriegsausbruch, wie er meinte, zum großen Segen Deutschlands beschritten hat. Die Regierung werde das ihre tun, um der Sozialdemokratie diesen Weg nicht schwer zu machen.

Kriegsbeschädigte als Textilheimarbeiter?

In der Fachpresse der Textilindustrie hat ein lebhafter Meinungsaustausch eingesetzt über die künftigen Möglichkeiten der Beschäftigung Kriegsbeschädigter. Die von den leider sehr zahlreichen Verletzten in jahrzehntelanger Berufstätigkeit erworbenen Kenntnisse sollen denjenigen Zweigen der Industrie nutzbar gemacht werden, in denen die Kriegsbeschädigten groß geworden sind. Man hat erkannt, daß bei der langen Dauer des Krieges und den großen Opfern, die er fordert, mit den zu Anfang angewandten Mitteln der Unterbringung Verletzter nicht durchgreifend geholfen werden kann, und versucht nunmehr systematisch entsprechend zu arbeiten. Zunächst sollen die Berufsgenossenschaften mit ihren Erfahrungen helfend eingreifen, wie sie in einer dreißigjährigen Tätigkeit mit den „Friedensbeschädigten“ gesammelt worden sind. Am 22. Oktober wurde in einer zu Berlin abgehaltenen Sitzung von Vertretern sämtlicher Textilberufsgenossenschaften beschlossen, an der Hand aller Unfallakten und durch Umfrage zu ermitteln, welche Tätigkeiten die Leute jetzt noch ausüben instande sind, die Arme oder Beine oder Teile davon oder anderes durch einen Unfall verloren haben. Die sächsische Textilberufsgenossenschaft hat es übernommen, das einschlägige reiche Material zu sichten und zu bearbeiten. Die Leinenberufsgenossenschaft ist beauftragt, durch Fragebogen die Urteile aller namhaften Firmen und Fachleute über die Verwendung Kriegsverletzter aller Art bei den einzelnen Arbeitsverrichtungen einzuholen und den Interessenten zugänglich zu machen. Unterricht und Unterweisung der Verletzten, persönliche Einwirkung auf sie durch Gründung von Ausschüssen usw. sollen folgen. Bei allem wird lobend die rheinische beziehungsweise die Düsseldorf-Methode hervorgehoben. Soweit läßt sich zunächst wenig gegen die betreffenden Bestrebungen einwenden. Bedenklich wird die Sache schon, wenn von „fachmännischer Seite“ haarscharf nachzuweisen versucht wird, daß einarmige Leute ganz gut als Weber tätig sein können; daß Kriegsbeschädigte anderer Berufe in die Weberei überzuführen sind

ist. So heißt es in einem Artikel der „Leipziger Monatschrift für Textilindustrie“:

„Halbbeschädigte können selbst in schweren Fällen ohne Bedenken bei der Weberei bleiben beziehungsweise zur Weberei angelehrt werden; so haben wir beispielsweise mit einem Brauereiarbeiter, dessen linker Armknöchel zum Teil ganz fehlt und der mit Hilfe einer gebogenen Hülse, in der der sonst schlaffe Arm steckt, mit dem Schultergelenk Bewegungen des ganzen Armes ausführen kann, in der Tuchweberei gute Resultate erzielt. Auch Beinamputierte, die zum Beispiel in ihrem früheren Beruf als Hof-, Erd-, Pflanz- und dergleichen schwere Arbeiten zu verrichten hatten, können mit Erfolg zur Weberei angelehrt werden. So wurden zum Beispiel mehrere dieser Leute, die durch Erfrieren beide Füße verloren haben und unterhalb des Kniegelenks amputiert sind, als Weber ausgebildet und erwerbsfähig gemacht.“

Wer praktisch am Webstuhl tätig ist, wird diese Darlegungen durchaus ablehnen. Der Arbeitsverdienst des Webers hängt wesentlich ab von der Geschicklichkeit seiner Hand und vom Grad der Schnelligkeit, womit er die Handgriffe auszuführen und sich zwischen den Webstühlen zu bewegen vermag. In manchen Zweigen der Wollenweberei muß zum Beispiel jeder Weber pro Stunde etwa 1500 Fäden mit anderen Fäden mittels Andrehens verbinden können, wenn er „konkurrieren“ will. Das erfordert ein ausgeprägt feines, sicheres Tastsgefühl, und oft sind bei der Arbeit schon leichte Verletzungen sehr hindernd. Gefühllose Finger können zum Aufgeben des Berufs zwingen. Zu beachten ist weiter, daß Arbeitsprothesen (künstliche, zur Arbeitsverrichtung verwendbare Ersatzglieder) für Weber bis heute noch nicht vorhanden sind. Allerdings sind auch die „sachmännischen Seiten“ sich bewußt, daß ein einarmiger oder ein einbeiniger oder ein beinloser Weber nicht soviel leistet wie ein im Besitz seiner Glieder befindlicher, deshalb soll jeder Fabrikant den Beschädigten die „gut laufenden Ketten“ geben. Der Praktiker weiß, daß das nur auf Kosten des ohnehin schon kargen Einkommens der gesunden Weber möglich ist.

Mit dem bisher schon Gesagten in Zusammenhang zu bringen sind die Bestrebungen der Überführung Kriegsbeschädigter in die Textilheimarbeit. Diese Bestrebungen sind nicht nur gefährlich für die Kriegsbeschädigten und die Textilarbeiter, sondern auch für das gesamte Volk. Seit Jahren sind Interessenten an der Arbeit, Stimmung zu machen für die Verpflanzung des mechanischen Webstuhls in das Heim des Arbeiters und die Anwendung der Elektrizität als Antriebskraft. Jetzt soll die Kriegsnot nachhelfen. In Nr. 52 der „Wochenberichte der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie“ vom 29. Dezember heißt es an leitender Stelle nach einführnden Bemerkungen über die Zukunft der Verstümmelten und Verletzten:

„Da ist es nun die Heimarbeit, die hier helfend eingreifen kann, das heißt, eine Heimarbeit, die eine sichere und ausreichende Verdienstmöglichkeit gewährt und den damit Beschäftigten nicht übermäßig anstrengt. Es muß ferner eine Heimarbeit sein, bei der eine regelmäßige Beschäftigung von vornherein sichergestellt ist, die also nicht von der Mode und anderen Zufälligkeiten abhängig ist. Zudem muß dem Heimarbeiter, um ihm tatsächlich ein sorgenfreies Leben zu gewähren, die Beschaffung der Arbeit und die Verwertung derselben abgenommen werden, wenigstens so lange, bis er aus sich den Wunsch hat, in dieser Weise selbst zu bestimmen. Diese Möglichkeit muß jedem, wenn irgend angängig, offengehalten werden, um dem Vorwärtstreben Vorschub zu leisten, so daß aus den anfänglichen Heimarbeitern nach und nach selbständige Gewerbetreibende werden können, wenn die Vorbedingungen gegeben sind. Man gebe also den Beschädigten gute und billige Wohnungen in gesunder Lage mit einem Garten dabei, der ihnen viel Aufenthalt und Betätigung in freischer Luft ermöglicht. Man gebe ihnen gesunde und freundliche Arbeitsräume und lohnende Arbeit, dann sind die Vorbedingungen erfüllt für ein zufriedenes, sorgenfreies Leben, bei dem der staatliche Ehrensold nur als eine angenehme Beigabe empfunden zu werden braucht. Eine solche Heimarbeit kann die Weberei bieten, wenn auf mechanischen Webstühlen, die elektrisch angetrieben werden, Gewebe einfacher Art von ziemlich hohem Werte hergestellt werden, bei denen ein regelmäßig genügend großer Bedarf vorliegt.“

Empfohlen wird sodann, auf gemeinnütziger Grundlage Kolonien zu gründen, die aus einer Anzahl von Einzelfamilienhäusern mit angebauter Weberverkstatt und Gärten bestehen. In ihnen soll den Kriegsbeschädigten, die sich der Heimarbeit widmen wollen, Unterkunft und Verdienstmöglichkeit gewährt werden. Als Mindestgröße einer solchen Kolonie werden etwa 20 Häuser mit 40 Webstühlen vorgeschlagen. Größere Kolonien, so heißt es, seien vorzuziehen. Im Mittelpunkt der Kolonie soll eine Werkstatt für Vorbereitung der Ketten und die Ausrüstung der Ware errichtet werden. In dieser Werkstatt hätte auch das Anlernen der Neulinge zu erfolgen. Die Weber sollen mit Militärartikeln beschäftigt werden.

Man sieht das Bemühen, den Kriegsbeschädigten die Sache recht schmachhaft erscheinen zu lassen. So manchen dürfte die Aussicht anziehen auf ein Häuschen und ein Gärtchen, auf die „nicht ständiger Aufsicht unterstehende Tätigkeit im Hause“ und der „auskömmliche Verdienst“, das sorgenfreie und zufriedene Leben. Die Enttäuschung müßte jedoch sehr bald folgen. Mit Händen zu greifen sind die schlimmen seelischen Wirkungen, die das Zusammenwohnen der Kriegsverstümmelten in besonderen Kolonien und die damit notwendig verbundene Absonderung von den Gesunden auf die Betroffenen ausüben müßte. Doch davon abgesehen kann an einen angemessenen Verdienst der so geschaffenen neuen Heimarbeiter nicht gedacht werden. Neue Scharen hungerleidender Heimproletarier kämen zu den schon vorhandenen. Weit entfernt „zufrieden und sorgenfrei“ dahinzuleben, würden sich die heimarbeitenden Kolonisten, gezwungen von der Not des Lebens, sehr bald großend und kämpfend erheben oder unfruchtbar tödendem Fatalismus verfallen. Die Spuren schreien! Wie heute schon die mit oder ohne Elektrizität in ihren Wohnungen schaffenden Weber, so müßten auch die künstlichen Weberkolonien der Kriegsbeschädigten konkurrieren mit den Besitzern der großen, in Fabriken konzentrierten Webereien. Wenden wir nach S c h l e s i e n. Dort ist die Bildung von Genossenschaften der Hausweber erfolgt, und ihnen wurden genügende Mengen von Militäraufträgen zugewiesen. Das alles hat aber nicht vermocht, die Wirkungen der Fabrikkonkurrenz auf die Einkommen der Heimarbeiter aufzuheben. Nach wie vor hungert man in K a t s c h e r und anderen schlesischen Orten. Von Handelskammern und Unternehmern tief betrauert, geht denn auch die Zahl der Hausweber in Schlesien mit jedem Jahr zurück. Wie dort, so in anderen Bezirken. Jede Krisis drückt zuerst auf den Heimweber. Er ist zuerst ohne Arbeit und Brot. Ihm entzieht der Fabrikant zuerst die Beschäftigung. Die in der Fabrik in Form von Webstühlen investierten Kapitalien sollen sich verzinsen. Gerade der Krieg zeigt das ganze Elend der Heimweber aufs neue. In O b e r f r a n k e n sieht es unter diesen trostlos aus. Eine Statistik, von der 56 organisierte Hausweber aus den Orten C o n r a d t s r e u t h, S c h w a r z e n b a c h a m W a l d, S e l b i z und S c h a u e n s t e i n erfaßt sind, und die sich über vier hintereinander folgende Wochen erstreckte, ergab einen durchschnittlichen Verdienst pro Arbeitswoche von 7,82 Mark. Innerhalb dieser vier Wochen waren 22 Weber voll beschäftigt, 18 Weber hatten drei Wochen, 10 Weber zwei Wochen, ein Weber eine Woche Arbeit, fünf Weber waren ohne Beschäftigung. Die 51 beschäftigten Weber verdienten zusammen in diesen vier Wochen 1275,01 Mark. Schließt man die Arbeitslosen und die zeitweise Beschäftigten mit in die Statistik ein, ohne Rücksicht darauf, in welchem Maße sie beschäftigt waren, so ergibt sich ein Durchschnittswochenverdienst von 5,69 Mark. Ebenso steht es in s ä c h s i s c h e n Bezirken, in R i c h t e n s t e i n - C a l l n b e r g und S o h e n s t e i n - E r n s t h a l. Die dortigen Fabrikanten versorgen gleichfalls zuerst ihre Fabriken mit Arbeit, die Hausweber müssen warten. Krankheit und Tod ist in ihre Hütten eingezogen. Die Militärbehörde bemüht sich, dem Abel zu steuern. Die Heimarbeit in der Weberei kann durch die Überführung Kriegsbeschädigter in sie nur belebt werden auf Kosten

einer tief herabgedrückten Lebenshaltung der neu geschaffenen Heimarbeiter, auf Kosten einer Lebenshaltung, bei der der letzte Rest von Lebensglück und Lebensfreude verloren geht. Deshalb erheben wir unsere warnende Stimme und rufen die Arbeiterschaft auf zum Kampfe gegen derartige Pläne.

Sermann Fädel, Mitglied des Reichstags.

Die militärische Jugendvorbereitung.

Von Mathilde Wurm.

(Schluß.)

Theoretischer Unterricht in vaterländischer Geschichte und militärischer Drill, das sind die neuen Erziehungsmomente zur Wehrhaftmachung unserer Jugend! Herr Oberstleutnant v. Hoff fordert „die Vorbildungsarbeit der Jugendwehr von dem einzelnen Jungmann 3 bis 5, für die große Mehrzahl 3 Jahre, sobald die ersten Anfangsjahre überwunden sind“. Und in welcher Zeit sollen diese Übungen stattfinden? Hoff meint: „Man fange nicht mit Dreingabe einiger Unterrichtsstunden in Schule und Fortbildungsschule, einiger Arbeitsstunden der Jugendlichen...“ Ja, hat denn die Jugend bis jetzt zu viel gelernt? Sehen wir nicht in Friedenszeiten alle freiwilligen Bildungseinrichtungen für Arbeiter von Hörern überfüllt? Hat der Wissensdurst der großindustriellen Arbeiterschaft nicht von je zum großen Teil ungestillt bleiben müssen aus Mangel an Zeit? Freilich, je weniger der Proletarier lernt und liest, desto leichter wird er sich begeistern lassen für die Pläne der militärischen Jugendziehung. Da bleibt dem Jugendlichen keine Zeit mehr, seinen Verein oder Kurse zu besuchen, eine ihn besonders interessierende Wissenschaft zu studieren, ein Buch gründlich durchzuarbeiten. Zu alledem ist Zeit, viel Zeit und Konzentration nötig.

Der Sonntag darf nicht mit Übungen belegt werden, das erlauben die Katholischen nicht. Die wollen ihre Jugend in der Hand behalten. Werktags will der Unternehmer „seinen“ Arbeiter nicht entbehren. Die wenigen Freistunden der Woche müßten also herhalten! Das heißt, den Jugendlichen von seinen Klassengenossen trennen, ihm die Möglichkeit nehmen, seine Interessen als Arbeiter, als Proletarier kennen und vertreten, seine Rechte erkämpfen zu lernen.

Keiner der Verkünder der Notwendigkeit der militärischen Vorbereitung der Jugend hat bis jetzt die Einschränkung der Dienstzeit auch nur erwähnt, geschweige denn gefordert. Also nicht einmal die Aussicht ist vorhanden, daß durch die frühzeitige militärische Anlernung eine Kürzung der ordentlichen Dienstzeit eintreten werde.

Auch wir lehnen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, wie schon gesagt, nicht ab. Aber zu diesem Ziele wollen wir auf anderem Wege gelangen als durch den Zwang des Eintritts der schulentlassenen Jugend in nationale Jugendklubs und vom vollendeten 16. oder 17. Lebensjahr an in die Jugendwehr.

Von unserer Reichstagsfraktion müssen wir fordern, daß sie sich wendet:

gegen die Einführung des gesetzlichen Zwanges der militärischen Jugendvorbereitung, wie sie zurzeit geplant ist;

ferner gegen die Einschränkung des lehrplanmäßigen Fortbildungsschulunterrichts zugunsten der militärischen Vorbereitung, was tatsächlich jetzt schon mehrfach geschieht.

Aber voll einsehen mögen sich unsere Vertreter im Deutschen Reichstag für die Erfüllung der nachstehenden Forderungen:

1. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahr unter gleichzeitiger Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter; Ausbau des turnerischen Unterrichts in der Schule;

2. sechsständiger Maximalarbeitsstag für alle Personen unter 18 Jahren; achtstündige tägliche Höchstarbeitszeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen;

3. Gewährung eines mindestens vierzehntägigen Erholungsurlaubs im Jahre unter Fortzahlung des Gehalts;

4. Verbot der Nachtarbeit für alle Personen unter 20 Jahren;

5. 36stündige ununterbrochene Sonntagsruhe für alle Personen unter 20 Jahren;

6. Verbot des Kost- und Logiszwanges für die gleiche Alterssjacht. Die Vereinbarung eines solchen Zwanges ist nichtig;

7. Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts für alle in Handel, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, in häuslichen Diensten, in Heimarbeit und in den sogenannten freien Berufen beschäftigten Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre;

8. obligatorische Einführung des Vormittagsunterrichts an Werktagen für alle Fortbildungs-, Fach- und gewerblichen Vorbereitungsschulen; Einführung des obligatorischen Turnunterrichts in der Fortbildungsschule ohne Kürzung der jetzigen Stundenzahl; Einrichtung von Lehrwerkstätten;

9a. Freigabe eines Spielnachmittags in der Woche;

9. Vertretung der arbeitenden Jugend in der Verwaltung der Fortbildungs-, Fach- und Gewerbeschulen;

10. Abschaffung des körperlichen Züchtigungsrechts;

11. Anstellung von besonderen Inspektoren für die arbeitende Jugend;

12. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Handwerksbetriebe und die Hausindustrie; Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten, die den Kreisen der Arbeiterschaft zu entnehmen sind;

13. die sogenannte Lehrzeit darf zwei Jahre einschließlich der Probezeit nicht überschreiten;

14. Verbot der Verwendung des Lehrlings zu häuslichen oder überhaupt zu außergewerblichen Arbeiten;

15. Beseitigung aller Bestimmungen, die die Lösung des Lehrverhältnisses erschweren. Die Vereinbarung solcher Bestimmungen, insbesondere von Konventionalstrafen, ist nichtig;

16. empfindliche Strafen für diejenigen Unternehmer, Meister usw., die einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln.

Die gleichen Forderungen werden für die weibliche Jugend erhoben.

Für den Fall, daß der Bundesrat, der von der Reichstagsmehrheit am 27. August v. J. beschlossenen Aufhebung des § 17 des Vereinsgesetzes nicht zustimmt, mögen unsere Vertreter im Reichstag unablässig für dessen Beseitigung wirken und eintreten.

Wenn auch alle bürgerlichen Parteien für den gesetzlichen Zwang zu haben sein werden, so wird doch keine ihre Einflüsse auf die Jugend einbüßen wollen. Diesen können die Parteien nur behalten, wenn die Gesetzesvorlage sich im Sinne des Erlasses des Kriegsministers vom 12. August 1915 bewegt, der allen Jugendpflegeorganisationen usw. die militärische Jugendziehung auf eigene Faust überlassen will.

Es kann unmöglich so weiter gehen wie bisher, daß ein wirtschaftlicher oder moralischer Druck auf junge Arbeiter und Lehrlinge ausgeübt werden kann, um sie zum Eintritt in die Jugendwehr zu zwingen. Jede Fabrik mit einer größeren Anzahl von Lehrlingen hat das Recht, eine eigene Jugendkompagnie zu bilden. Als Anreiz erhalten die Jugendlichen die ganze Ausrüstung geschenkt, die Festsetzung der Übungszeit bleibt dem Fabrikherrn überlassen. Auch von anderer Stelle wird die wirtschaftliche Macht ausgenutzt, den Jugendlichen zur Teilnahme an den Übungen zu zwingen. Konnte doch die Sekretärin der Zentralstelle für Volkswohlfahrt auf der letzten Konferenz der Jugendpfleger und -pflegerinnen am 28. Oktober vorigen Jahres mit Genehmigung berichten, daß in vielen Städten der Gedanke mit „Erfolg“ durchgeführt worden sei, die Unterstützung jugendlicher Arbeitsloser, auf die sie einen gesetzlichen Anspruch hatten, abhängig zu machen von ihrer obligatorischen Beteiligung an den militärischen Übungen.

Auch die Fortbildungsschule benutzt tatsächlich und moralisch ihre Macht, ihre Schüler in die Jugendkompagnie hineinzuzwingen.

Welche praktische Bedeutung haben jetzt noch die beiden Erlasse vom August und September 1914, in denen die Freiwilligkeit der Teilnahme für die Jugendlichen ausdrücklich hervorgehoben wird, wenn am 8. Oktober desselben Jahres ein Erlass des Handelsministers erscheinen konnte des Inhalts, daß für die Dauer des Krieges der Fortbildungsschulunterricht für die über 16 Jahre alten Schüler bis auf zwei Stunden wöchentlich beschränkt und die militärischen Vorbereitungsstunden an Stelle der freigeordneten Lehrstunden gesetzt werden könnten?

Es kam und kommt vielerorts zu Streitigkeiten darüber, ob denn die Jugend trotz der „Freiwilligkeit“ zur Anteilnahme gezwungen werden könne. Das Kammergericht entschied in einem Streitfall im Juli 1915, „daß die militärischen Übungen durchaus ein geeigneter Gegenstand des Fortbildungsschulunterrichts seien, mindestens in der gegenwärtigen Kriegszeit, ... auch um die Schüler in den patriotischen Gefühlen zu bestärken“. Das Kammergericht bestätigte damit das Urteil des Landgerichts, wonach die Schüler zur Teilnahme verpflichtet sind.

Daß die Unternehmer mit Anträgen auf Befreiung der Jugendlichen vom Fortbildungsschulunterricht keineswegs zurückhielten, wird in einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 1. Juli 1915 in folgenden Worten bestätigt:

Auf eine gründliche Prüfung der Befreiungsversuche von Fall zu Fall kann nicht verzichtet werden. Denn die Voraussetzung, daß die Gewerbeunternehmer nur im Falle wirklichen Bedürfnisses die Befreiung ihrer jugendlichen Arbeiter beanspruchen, hat sich leider bisher nicht überall bestätigt. Im Gegenteil hat sich gezeigt, daß vielfach Gewerbeunternehmer nicht geneigt waren, auf die Fortbildungsschule die Rücksicht zu nehmen, zu der sie wohl imstande gewesen wären.

Nach einem erst kürzlich erschienenen Erlaß des Handelsministers vom 25. September 1915 kann mit Genehmigung des Schulvorstandes und der zuständigen Regierungsbehörden die militärische Jugendvorbereitung auf den Lehrplan der Fortbildungsschule gesetzt werden; die Schüler sind alsdann zur Teilnahme verpflichtet. Das bedeutet für Preußen schon heute den Zwang; die Freiwilligkeit besteht nur noch auf dem Papier.

Dieser Willkür jeder einzelnen Gemeinde, jedes Schulvorstandes, jedes Vereins und nicht zuletzt jedes großindustriellen gewerblichen Unternehmens auf dem Gebiet der militärischen Jugendvorbereitung muß so bald als möglich ein Ende bereitet werden. Wir sind der Meinung, daß eine ausgedehnte soziale Fürsorge für Mutter und Kind, eine gründliche Reform der Volksschule nach modernen pädagogischen Grundsätzen — mehr Turnstunden, Spiele, Handarbeit und Lebensbeobachtung als Grundlage des Unterrichts, obligatorische Schulspeisung, Freiluftschulen! — Verbot jeglicher Kinderarbeit, energisch durchgeführter Jugendschutz für die Schulentlassenen, gesetzliche Kürzung der Arbeitszeit sowie Spielmittage, daß solche Maßnahmen eher geeignet sind, unsere Jugend stark, klug, energisch und lebensfroh, also im besten Sinne wehrhaft zu machen. Sollte trotzdem die militärische Vorbereitung Zwang werden, so fordern wir zum mindesten einheitliche, reichsgesetzliche Regelung. Die militärischen Übungsstunden dürfen weder auf Kosten des Fortbildungsunterrichts noch auf Kosten der freien Zeit unserer Jugend abgehalten werden. Sie sollen für die Jugend aller Volksklassen gemeinsam und für alle zu gleicher Zeit stattfinden.

Wenn es den staatlichen Behörden mit ihrer Sorge um das Volkswohl wirklich ernst wird, so legt die Arbeiterklasse diesem Bestreben sicherlich kein Hindernis in den Weg, aber unter keinen Umständen wird sie darauf verzichten, ihre Jugend in ihrem Sinne zu erziehen. Daß sie hierbei auf gutem Wege wandelt, hat selbst die freikonservative „Tägliche Rundschau“ kürzlich bestätigt mit Ausführungen, die die sittlich hebende Kraft der Arbeiterjugendbewegung anerkennen. Dort heißt es:

Die Sozialdemokratie hat nach reinen, vorurteilsfreien Beobachtungen das große Verdienst, sowohl den Alkoholismus so erfolgreich wie kaum eine andere mit ihr konkurrierende Vereinigung zu bekämpfen; sie hat auch das Verdienst, durch ihre Jugendpflege die Fabriklehrlinge von der Straße und aus dem Wirtshaus fortgebracht zu haben. So war es mir durchaus nicht überraschend, als mir unlängst ein Fabrikbesitzer aus Berlin, der 500 Arbeiter beschäftigt, erklärte, er verdanke es allein der Antialkoholbewegung und der Jugendpflege der Sozialdemokratie, daß sowohl seine zahlreichen Lehrlinge als auch seine Arbeiter überhaupt in den letzten Jahren auf ein bedeutend höheres sittliches Niveau gehoben worden seien. ...

Auch die militärische Jugendvorbereitung wird uns nicht abbringen weder vom Weg noch vom Ziel. Erfüllen wir unsere Jugend mit unseren Idealen der Menschenliebe und Brüderlichkeit, dann bleiben die Söhne und Töchter des Proletariats stolze Kinder der Klasse, der sie entstammen, deren Arbeit fortzusetzen und zu vollenden sie berufen sind.

Aus der Bewegung.

Weihnachtsfeier im Frauenteseabend des zweiten Berliner Wahlkreises Süd. Als Weihnachten 1914 herannahte, das erste während dieses blutigsten und grausamsten aller bisherigen Kriege, wurde der Wunsch einiger Genossinnen laut, die Weihnachtsfeier gemeinsam unter sich mit ihren Kindern zu begehen. Sie, die das ganze Jahr in ernster Arbeit sich gemeinsam mühen, ihr Wissen zu bereichern, die Lehren des Sozialismus immer klarer zu erfassen, Sozialistinnen mit Leib und Seele zu werden und zu sein, wollten sich auch an dem sogenannten „Feste der Liebe“ als eine Gemeinschaft empfinden. Der Gedanke schlug Wurzel und jede einzelne der Genossinnen tat ihr bestes, um die gemeinsame Feier schön und in unserem Sinne feierlich zu gestalten. Das Jahr 1915 verrann und zum „Fest des Friedens“ verbreiteten die Kanonen noch immer Tod und Verderben. Männer, Söhne und Brüder standen im Felde, Mütter, Frauen und Kinder lebten in bangen Sorgen, Witwen und Waisen trauerten. Wann aber empfände man wohl schmerzlicher das Getrenntsein von seinen Lieben, die stete Sorge um sie, ihren herben Verlust, als an Tagen, die früher alle in gemeinschaftlicher Freude vereinigten? Dazu kam, daß wegen der großen Teuerung und der Knappheit der Mittel gar manche Mutter dieses Jahr noch weniger als im vorigen imstande war, ihren Kindern einen Weihnachtsbaum anzuzünden und den Weihnachtsstich zu deden. Was den einzelnen aber versagt blieb, das sollte einer Gemeinschaft gelingen, und es gelang. Die Genossinnen des Teseabends wetteiferten mit einander, um alles Gute und Schöne für die wiederum beschlossene Weihnachtsfeier vorzubereiten und herbeizuschaffen. Als am Abend des 28. Dezember 78 Genossinnen mit 90 Kindern von einem bis 14 Jahren sich im Saale der Arbeiterbildungsschule zur Feier eingefunden hatten, strahlte ihnen im Lichterglanze der Weihnachtsbaum entgegen. Wie jubelten die Kinder, als jedes außer Pfefferkuchen, Äpfeln und Nüssen noch allerlei erhielt, was Kinderherzen mit Wärme erfüllt und Kinderaugen glücklich leuchten macht. Weihnachten ist ja das Fest der Kinder, und so standen diese im Mittelpunkt unserer Feier. Nach dem gemeinsamen Gesang des alten, lieben Liedes: „O Tannenbaum“, sprach ein Kind mit schönem, verständnisvollem Ausdruck einen Prolog. Kleinere Kinder führten einen Reigen auf und mehrere Mädchen einen Gesellschaftstanz, den sie „heimlich“ eingeübt hatten. All das war wohl gelungen und rief viel Freude hervor. Knaben und Mädchen drängten sich zum Auffagen ihrer Weihnachtsgebichte, die erkennen ließen, daß die Kinder die sozialistische Mutter sie ausgewählt hatten. War unser Weihnachten für die Kinder ein Fest der Freude, so für die Erwachsenen ein Fest der Erhebung und Hoffnung im Glauben an die sozialistische Zukunft. Dem Ernst der Zeit gab die Festrede Ausdruck. Den Müttern wurde ans Herz gelegt, ihre Kinder so zu erziehen, daß jedes ein Miterlöser der Menschheit werde, damit von ihnen das Werk siegreich durchgeführt werde, das wir nicht mehr vollenden können. Wenn in allen Ländern die Arbeiter das Bewußtsein ihrer internationalen Gemeinschaft erlangt haben, wenn ihre Vereinigung den Boden freilegt für den neuen Gesellschaftsbau des Sozialismus, dann wird nicht in Worten, sondern in der Tat Friede auf Erden sein und allen Menschen ein Wohlgefallen. Mit dem gemeinsamen Gesang eines unserer schönen Kampflieder schloß die erhebende Feier, die sicher das sozialistische Schwester- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Genossinnen gestärkt hat. Auch die Teilnehmerinnen der übrigen Teseabende des Kreises, die kleinere Gruppen von Frauen umfassen, haben in diesem Jahre gemeinsame Weihnachtsfeiern abgehalten, die ebenfalls wohl gelungen sind. Es gab dort freudige Überraschungen für die Kinder, und Jugendgenossinnen und Jugendgenossen trugen zur Verschönerung der Feier durch Musik und Gesang bereitwilligst bei. Ottilie Waader.

Politische Rundschau.

Jannartagung des deutschen Reichstags. Eingehende Debatten im Ausschuß und Plenum über Verlagerungszustand, Zensur, Ernährungsfragen drücken der diesmaligen

Tagung ihren Stempel auf. Es ist nicht das erste Mal seit Kriegsbeginn, daß sich der Reichstag mit dem Belagerungszustand und seinen Folgeerscheinungen auseinandersetzen mußte. Bisher hat das aber nichts gestruht. Im Gegenteil: diesmal haben sämtliche, aber auch sämtliche Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Konserverativen, mehr oder weniger scharfe, jedesmal aber sachlich berechtigte Kritik geübt. Freilich mit einem Unterschied: die Sozialdemokratie hat die völlige Aufhebung von Belagerungszustand und Zensur gefordert, da sie durch nichts gerechtfertigt und eines starken Volkes unwürdig seien. Die bürgerlichen Parteien hingegen sind im Prinzip mit dem herrschenden Zustand einverstanden und wünschen nur eine mildere und einheitlichere Handhabung. Sie sehen die Wurzel des Übels nicht im System, sondern in einzelnen Übergriffen, Auswüchsen und in der Personenfrage. In ihrem Sinne fordern denn auch die in Ausschuß und Plenum angenommenen Resolutionen, der Kanzler möge dafür Sorge tragen, daß unter dem Einfluß der geltenden Ausnahmegesetzungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken. Weiter fordert der Reichstag, daß für die Zensur sachverständige Zivilpersonen hinzugezogen werden, und daß ein Verbot nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erlassen werden dürfe. Fragen der inneren Politik und der Handelspolitik sollen nicht der Zensur unterliegen.

Es bleibt nun abzuwarten, wieviel Nachdruck der Reichstag seinen Wünschen zu geben imstande ist. Denn es handelt sich ja nur um Wünsche. Wie die Regierungsvertreter wiederholt betonten, liegen der Belagerungszustand und seine Folgeerscheinungen außerhalb des verfassungsmäßigen Machtbereichs von Reichskanzler und Reichstag. Der Reichskanzler kann nur „darauf hinwirken“, daß dem Willen des Reichstags stattgegeben wird. Verantwortlich sind die kommandierenden Generale einzig ihrem obersten Kriegsherrn.

Die unmittelbare Macht des Reichstags ist in diesen Dingen also gleich Null, was ja auch schon dadurch in Erscheinung tritt, daß selbst Parlamentsberichte nicht immer von der Zensur verschont geblieben sind. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man alle im Reichstag zur Sprache gebrachten Übergriffe, Fehler und Unzuträglichkeiten der Zensur hier wiederholen. Wie weit die Militärbehörde gegangen ist, zeigen Fälle wie die Zensurierung von amtlichen Veröffentlichungen der Stadt Berlin, das Verbot einer Eingabe der Friedensgesellschaft an den Kaiser, eigenmächtige Änderungen im Text von Zeitungen, Bruch des Briefgeheimnisses und anderes mehr. Neben der Tragik fehlte natürlich auch die Komik nicht, die aus der politischen und journalistischen Weltfremdheit mancher Zensoren zu erklären ist.

Für die Sozialdemokratie sprachen die Genossen Dittmann, Stadthagen und Heine. Lehterer brach seinen Ausführungen gegen den Belagerungszustand selbst die Spitze ab. Er erklärte: „Wer bei seinen Parteiinteressen und seiner theoretischen Rechthaberei nicht bedenkt, welche Wirkung nach außen und innen erzielt werde und ob nicht unsere vaterländische Verteidigung und die Kraft unseres Volkes beeinträchtigt werden, gegen den sind die schärfsten Maßnahmen geboten.“

Die kommenden Steuervorlagen werfen ihre Schatten in die Sitzungszimmer und in den Saal des Reichstags. Allgemein wird es als unhaltbarer Zustand empfunden, daß die Stellungnahme zu den kommenden Steuern und die notwendigen Erörterungen der Zensur unterstellt sind. Steuerfragen sind die verwundbarste Stelle der bürgerlichen Gesellschaft. Bei Steuerfragen hört für sie die Gemütsfreiheit auf. Die Erörterung der Steuerprobleme in vollster Freiheit ist für sie Lebensfrage. Daraus erklärt sich, daß die bürgerlichen Parteien diesmal so eifrig für die Ausschaltung der Zensur aus den Fragen der inneren und Handelspolitik eintraten.

Den Verhandlungen über die Ernährungsfragen gingen im Plenum einige überaus wichtige „Meine Anfragen“ des Genossen Liebknecht voraus. Die erste lenkte die Aufmerksamkeit auf die armenischen Zustände. Geheimrat v. Stumm bestätigte in seiner Antwort die Tatsache, daß Teile der armenischen Bevölkerung umgesiedelt worden sind, „über die Rückwirkung dieser Maßnahmen auf die Bevölkerung“ finde gegenwärtig ein „Gedanken-austausch“ statt. — Die zweite Anfrage beschäftigte sich mit der Lage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, ihrer Versorgung mit Lebensmitteln, ihrem Gesundheitszustand, ferner mit den von der deutschen Behörde verhängten Strafen, Vergeltungsmaßnahmen und Kontributionen. — Die dritte Anfrage wünschte die Unterbreitung ausführlicher

Materials über Versammlungsverbote, Vereinsauflösungen, Eingriffe in das Briefgeheimnis, polizeiliche Überwachung des Telephonverkehrs, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen usw., insbesondere über die Zahl der während des Krieges ohne gerichtliches Verfahren in militärische und polizeiliche Haft gebrachten Zivilpersonen, auch über Zahl, Höhe und Grund der gegen Krieger erkannten Strafen. — Der Reichskanzler sei nicht bereit, das Material dem Reichstag vorzulegen, antwortete Ministerialdirektor Lewald.

Zur Ernährungsfrage, die den breitesten Raum der Verhandlungen im Plenum beanspruchte, sprachen die Genossen Nob. Schmidt und Simon. Es ist äußerst wichtig, daß die Arbeiterfrauen diese Reden sehr genau und nachdenklich lesen, zumal sie eine Menge Material enthalten über Ursachen, Wirkungen und Bekämpfung der herrschenden Teuerung. Die beiden Fraktionsredner hielten der Regierung vor, daß sie mit den Maßnahmen stets zu spät komme und sich zu sehr von den einseitigen Produzenteninteressen beeinflussen lasse. Viele Produzenten und Händler bekämpfen immer noch rücksichtslos jeden Eingriff in die Freiheit der Produktion und der Preisbildung. Um so wichtiger ist es, daß die Öffentlichkeit zeitig auf jene Bestrebungen hingelenkt wird, die die reichlich hohen Kartoffel- und Schweinehöchstpreise noch höher hinaufgesetzt haben möchten. Als Grund wird angegeben, es fehle sonst der „Anreiz für die Produktion“. Gerade diesen Vorwand aber haben sowohl Schmidt wie Simon durch Hinweis auf die hohen Verdienstmöglichkeiten auch in der Landwirtschaft erledigt. Während die deutsche Ernte in Friedenszeiten rund 7 Milliarden brachte, ergab sie im ersten Kriegsjahr 8 1/2 Milliarden. Wohl sind die Produktionskosten seit Kriegsanfang gestiegen, aber keineswegs in dem Maße, daß sie die heutigen Preise rechtfertigen könnten. Gerade auch die Löhne der Landarbeiter haben sich bei weitem nicht so beträchtlich gehoben, wie die Junkerorgane es glauben machen möchten. Aber die Lage der Landarbeiter hat Genosse Schmidt sehr auffällendes Material beigebracht. Nie sei der Gegensatz zwischen ländlichem Proletariat und Grundbesitzern so kraß in Erscheinung getreten wie gegenwärtig.

Besonders große Gewinne haben jene Großunternehmungen zu verzeichnen, die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen, wie Spiritfabriken, Zuckerraffinerien, Fleischkonservenfabriken. Ungeheuerlich sind die Preissteigerungen für Leder und damit auch die Profite der Lederfabriken. Alle diese Unternehmungen sind in der Lage gewesen, während des Krieges, trotz aller Abschreibungen, Hinterlegungen usw. ganz erheblichen höheren Reingewinn zu verteilen, zum Teil doppelt, ja dreimal so hohe Dividenden als im Vorjahr.

Auf die einzelnen Fehler und Mißgriffe der Behörden in der Ernährungsfrage ist schon so oft hingewiesen worden, daß wir sie hier übergehen können. Für die Behörden handelt es sich tatsächlich hier um Neuland, um Aufgaben, für die der bürokratische Apparat nicht eingerichtet war. Andererseits weiß die Regierung ganz genau, daß sie ohne den guten Willen der Bestehenden nicht viel machen kann. Sie kennt die Psyche des Unternehmers zu gut, als daß sie seinem Patriotismus des Guten zu viel zutrauen möchte. Sie weiß, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung tatsächlich nur der hohe Gewinn den Anreiz zur Produktion bildet.

Der Abgeordnete Köfike vom Bund der Landwirte hat die hohen Profite verteidigt mit dem Hinweis, daß auch der Landwirt so gut wie jeder andere Unternehmer damit rechne, daß nach dem Kriege die Lasten gewaltig steigen; er müsse sich deshalb Reserven sichern. Von dem Unternehmer, der sein Geschäft auch nach dem Kriege weiterführen, vergrößern, die Konkurrenz aus dem Felde schlagen muß, ist das nur konsequent gedacht. Wie aber, wenn die Arbeiter Geltung desselben Grundsatzes für sich beanspruchten? Wenn sie der höheren Steuern wegen schon jetzt Löhne forderten, die jene Erhöhungen auslösen? Man braucht nur diese Frage zu stellen, um ihre „Ungerichtigkeit“ zu begreifen — für alle jene, die auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stehen. Darum finden auch die bürgerlichen Parteien nichts so Schlimmes dabei, wenn Lohnforderungen der Arbeiter im Interesse des „Burgfriedens“ zurzeit nicht geduldet werden.

Laut den Ausführungen des Genossen Simon wurden in der Rüstungsindustrie reklamierte Arbeiter am Tage darauf eingezogen, wo sie in einer Kommission wegen einer Teuerungszulage vorstellig geworden waren. Während in England Arbeiter auch vor dem Streik nicht zurückschrecken, seien in Deutschland Gewerkschaftsbeamten, die in der Fabrik mit Arbeitern in Fühlung

traten, die bei Militärlieferungen beschäftigt waren, mit Verhaftung bedroht worden.

Die Reden unserer Genossen beweisen schlagend, wie falsch es ist, wenn die Behörden von der freien Meinungsäußerung eine Aufreizung befürchten. Nicht die Kritik, die bessert, sondern die unleidlichen Tatsachen rufen Erbitterung hervor. Oder soll es nicht erbittern, wenn eine Lederfabrik mit 12 Millionen Mark in einem Kriegsjahr 40 Millionen Bruttogewinn erzielt, zur selben Zeit aber ganze Arbeiterfamilien mit einem Wochenlohn bis herunter zu 5 Mk. auskommen sollen? Muß es nicht aufreizend wirken, wenn infolge der Teuerung die Kindersterblichkeit unter den Proletariern anschwillt, einer Kornspirituszentrale aber 45 000 Tonnen Roggen zum Schnapsbrennen überwiesen werden? Bei voller Preis- und Redefreiheit wären Mißstände im heutigen Umfang gar nicht möglich. Dem Sozialisten zeigen die Reichstagsdebatten die engen Grenzen, die einer bürgerlichen Regierung, den besten Willen zugestanden, gezogen sind. Diese Grenzen sind besonders eng, wenn das Proletariat seine Interessen nicht in breiter Öffentlichkeit vertreten kann. Der Kampf gegen Teuerung und Kriegsspekulation ist eine Halbheit, wenn er nicht zugleich der Kampf um den Frieden und die Rückkehr zu normalen Zuständen mit einschließt.

Notzenteil.

Für den Frieden.

Führende englische Gewerkschafterinnen und Genossinnen gegen die Dienstpflicht. Wie im Kampfe gegen den imperialistischen Nationalismus und für den Frieden, so stehen in England auch in der Protestbewegung gegen die militärische Dienstpflicht Genossinnen und Gewerkschafterinnen in den vordersten Reihen. So wenden sich jetzt im „Labour Leader“ angesehene Führerinnen der gewerkschaftlichen Arbeiterinnenorganisation dagegen, daß mit der Einführung der beschränkten Dienstpflicht dem Militarismus auch nur der kleine Finger gereicht werde. Mary Macarthur warnt davor, daß die Arbeiterschaft sich durch die beschränkte Dienstpflicht täuschen lasse. Jede Form des Dienstzwangs bedeute, daß das erste Glied einer Kette geschmiebet werde, die die Arbeiterschaft für eine Generation binde. Nach Marg. Bondfields Ansicht steht noch ein besonders schlechter Beweggrund hinter der Kampagne für die Einführung der Dienstpflicht. Die Regierung will sich damit eine militärische Kontrolle der Arbeit sichern, weil die organisierte Arbeiterschaft begonnen hat, ihrerseits einen Anteil an der Kontrolle der Industrie zu fordern. Genossin Bondfield ist gewerkschaftlich und genossenschaftlich hervorragend tätig und nahm als Delegierte an der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern teil. Sie gehört, wie Genossin Macarthur, zu den erfahrensten und beliebtesten Vorkämpferinnen der Arbeiterinnen Großbritanniens. Die aus Genossinnen bestehende Leitung des Verbandes der arbeitenden Frauen hat einen scharfen Beschluß gegen die Dienstpflicht angenommen.

Als eine Demonstration für den Frieden und die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder muß die Ehrung betrachtet werden, die Genossin Louise Saumoneau auf dem Kongreß der Seineföderation erfahren hat, der kurz vor Weihnachten in Paris abgehalten worden ist. Genossin Saumoneau zählt bekanntlich in Frankreich zu den klarsten, konsequentesten und opferfreudigsten Kämpfern gegen den Chauvinismus, die Politik des „Durchhaltens“ und der „heiligen Einigkeit“. Unbeirrt und unverzagt hat sie unter den schwierigsten Umständen für den Frieden und die sozialistische Internationalität der Arbeiter aller Länder agitiert. Nachdem sie eifrigen Anteil an den Arbeiten der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern genommen hatte, setzte sie ihre ganze Kraft daran, im Sinne der gefassten Beschlüsse unter den französischen Proletarierinnen und in den sozialistischen Organisationen zu wirken. Sie mußte dieses ihr „Verbrechen“ mit einer Haft büßen, für deren politische Bedeutung die sozialistischen Minister natürlich und leider kein Verständnis zeigten. Kurz vor dem Kongreß der Seineföderation mußte Genossin Saumoneau aus der Haft entlassen werden, sie nahm als Delegierte an ihm teil. Eine große Mehrheit wählte sie zur Vorsitzenden der ersten Sitzung des Kongresses. Unter den obwaltenden Umständen wurde ihre Ehrung zu einem Protest gegen die Politik der Parteimehrheit, zu einer Bekundung des Friedenswillens und der internationalen Solidarität der tagenden Genossen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine neue Arbeiterinnenzeitung in London. Zum neuen Jahr ist die erste Nummer einer englischen Arbeiterinnenzeitung erschienen: „The Woman Worker“ („Die Arbeiterin“). Sie wird von den Genossinnen Mary Macarthur und Susan Lawrence herausgegeben. Unter den Mitarbeiterinnen des Blattes ist Frau Beatrice Webb, die in einem Artikel schreibt: „Die Frauen sind die Sachwalter der Männer, die jetzt für ihr Land kämpfen. Wenn die Frauen sich mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abfinden, werden sich die Unternehmer nach dem Kriege weigern, ihre männlichen Arbeiter zu den alten Löhnen wieder einzustellen, sie werden vielmehr versuchen, die Lebenshaltung der Väter, Brüder und Söhne auf das Niveau der Schwirarbeit der Frauen herabzudrücken. Diese Mahnung ist kennzeichnend für den „Seelenaufschwung“ der Kapitalisten in der Kriegszeit und nicht bloß in England. „The Woman Worker“ hat übrigens schon vor Jahren eine Vorläuferin gleichen Namens gehabt. Das damals erscheinende Blatt nahm rasch einen glänzenden Aufschwung, konnte sich aber trotz reger Agitation und großer persönlicher Opfer einzelner Genossinnen nicht halten. o. p.

Einreten der österreichischen Genossinnen für den ausreichenden Lebensunterhalt der Soldatenfrauen. Die vom Krieg hervorgerufene Teuerung hat die Lage der Kriegerfrauen in Österreich verschlimmert. Das Frauenreichskomitee hat daher im Einvernehmen mit dem Parteivorstand der Sozialdemokratie eine Aktion eingeleitet, die auf eine Erhöhung der staatlichen Unterhaltsbeiträge für die Kriegerfamilien abzielt. Es muß festgestellt werden, daß der Unterhaltsbeitrag für die Soldatenfrauen und -kinder in Österreich zu Beginn des Krieges anerkennenswert und geeignet war, die bittere Not fernzuhalten. Wir können das um so ruhiger sagen, als es die sozialdemokratischen Abgeordneten waren, die 1912 das betreffende gute Gesetz durchgesetzt haben. Bekanntlich erhält in Österreich die Frau eines Einberufenen 1,32 Kronen den Tag, Kinder von 8 Jahren an aufwärts denselben Betrag, Kinder unter 8 Jahren die Hälfte. Ein Drittel des Unterhaltsbeitrags ist als Zinsbeitrag gedacht. Aber je mehr die Teuerung stieg, um so mehr wurde der Unterhaltsbeitrag entwertet. Das veranlaßte schon vor einigen Monaten die Frauenhilfsaktion, bei der unsere Genossinnen mitarbeiten, beim Ministerpräsidenten vorzusprechen und auf diese Tatsache hinzuweisen. Graf Stürgg hat deren Richtigkeit anerkannt. Mittlerweile ist es aber immer noch teurer geworden. Viele Frauen, die mit dem Unterhaltsbeitrag nicht mehr das Auskommen der Familie bestreiten konnten, suchten Arbeit, sie kamen aber vom Regen in die Traufe. Es fanden sich nämlich Kommissionen, die entschieden, daß der Lebensunterhalt nicht mehr gefährdet ist, wenn eine Frau 10 Kronen in der Woche verdient. Unter solchen Umständen verzichteten viele Frauen lieber auf Erwerbstätigkeit oder sie übernahmen nicht kontrollierbare Heimarbeit. Besonders schwer ist die Existenz für Frauen, die Kinder unter 8 Jahren haben, für die sie nur die Hälfte des Unterhaltsbeitrags bekommen. Es gibt Proletarierinnen, die bis zu fünf Kinder unter 8 Jahren haben. Vor allem das in solchen Familien vorhandene Elend bewirkte, daß das Frauenreichskomitee die Aktion für höhere Unterhaltsbeiträge entfaltet hat. Es haben in Wien und in der Provinz zahlreiche Versammlungen stattgefunden, von denen viele geradezu glänzend besucht waren. Überall einigte man sich, an die Regierung heranzutreten, dieser eine Darstellung vom Leben der Soldatenfamilien zu geben und um die Erhöhung des Unterhaltsbeitrags nachzusuchen, vor allem aber die Gleichstellung der Kinder unter 8 Jahren mit den achtjährigen zu beantragen. Mittlerweile ist eine Deputation unserer Genossinnen in Böhmen beim Statthalter, Grafen Coudenhove, vorstellig geworden, um diesem die Sache vorzutragen. Sie fand dort großes Verständnis. In Steiermark haben die Frauen denselben Weg eingeschlagen. Man darf sich über diese Schritte bei den zwei Regierungen nicht wundern. Sie sind die Folge des Umstandes, daß das österreichische Parlament während des Krieges nicht ein einziges Mal getagt hat, völlig ausgeschaltet ist. Das Parlamentsgebäude ist ein Spital für Kriegsverwundete geworden. Jede parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen fehlt also. Am 4. Januar wurde nun von der Reichsregierung die Deputation empfangen, die aus den Genossinnen Freundlich und Popp und den Genossen Seih, Glöckl und Seber bestand. Es hatten sich beim Ministerpräsidenten auch die für diese Frage in Betracht kommenden Minister für Landesverteidigung und der Finanzen eingefunden, sowie die betreffenden Ressortchefs. Unseren Genossinnen und Genossen war Gelegenheit gegeben, die ganze Bedeutung der Sache zum Ausdruck zu bringen; der Mini-

sterpräsident sagte Abhilfe zu in allen Fällen, die zu Beschwerden Anlaß geben. Vor allem aber erklärte er, daß die Regierung strengste Direktiven geben werde, in allen zweifelhaften Fällen die weitherzigste Auslegung anzuwenden. Auch für die Kinder soll etwas getan werden. Die beiden Hauptforderungen aber, Erhöhung des Unterhaltsbeitrags im allgemeinen und Gleichstellung aller Kinder ohne Rücksicht auf das Alter bedürfen bei ihrer Tragweite nach Ansicht des Ministerpräsidenten erst noch der Beratung durch die Regierung. Am Schluß der zweieinhalbstündigen Konferenz betonten die Genossinnen nochmals den ganzen Ernst der Frage und verwiesen darauf, daß Tausende von Frauen seit Wochen auf die Entscheidung der Regierung als auf die letzte Hoffnung warten.

a. p.

Frauenstimmrecht.

Für das Frauenwahlrecht zur preussischen Volksvertretung und zu den Gemeindevertretungen als wesentlichen Bestandteil voller Demokratie ist die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im Abgeordnetenhaus neuerdings eingetreten. Ihr Sprecher, Genosse Hirsch, sagte zu dieser Forderung: „Wir haben schon lange vor dem Kriege nicht nur die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sondern das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle großjährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts verlangt und halten an dieser Forderung fest. ... Der Finanzminister hat in warmen Worten die Verdienste der Frau in der jetzigen Zeit anerkannt, seine Worte werden wir uns merken, wenn wir wieder das Frauenwahlrecht fordern. Unsere Wahlrechtsforderungen haben wir nicht geändert. Wir fordern das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur für das Abgeordnetenhaus, sondern auch für die Gemeindevertretungen. Das ist keine Belohnung, sondern ein Naturrecht, das man dem Volke gewaltfam vorenthalten hat. Wenn die Regierung jetzt im Kriege keine Wahlrechtsreform bringen will, so mag sie sich einstellen auf die Punkte beschränken, für die hier im Hause eine Mehrheit vorhanden ist. Das ist das geheime und direkte Wahlrecht. ... Versprechungen allein genügen nicht mehr. 1908 ist in viel präzisierter Form aus dem Munde des Königs selbst, nicht durch den Ministerpräsidenten, eine Wahlrechtsreform versprochen worden, es hat lange gedauert, bis die Vorlage gekommen ist. Ihr Schicksal ist Ihnen bekannt. Die Spuren schreien.“

Müssen wir erst noch ausdrücklich feststellen, daß keine einzige bürgerliche Partei auch nur ein Wort der Sympathie, des Verständnisses für das Frauenwahlrecht gehabt hat? Freilich, wenn darf das wundern angesichts der Tatsache, daß nicht einmal eine Mehrheit bürgerlicher Abgeordneter sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erklärte. Der Redner der Freisinnigen, Herr Pachnide, burste sich fast als einen Selbsten der Demokratie bestaunen, weil er erklärte: „Das Reichstagswahlrecht hat sich national bewährt und die Feuerprobe des Krieges glänzend bestanden.“ Nicht einmal das Zentrum ließ durch Herrn Herold das Reichstagswahlrecht fordern, und der konservative Führer Herr v. Heydebrand konnte sich den Hohn gestatten, die jetzige preussische Volksvertretung „geradezu ideal“ zu nennen. Im „Berliner Tageblatt“ hieß es von dem Wahlrechtsversprechen der Thronrede mit Recht: „Mein Sohn, es ist ein Rebellstreif.“ Ein Rebellstreif wird es bleiben, bis die Volksmassen ihren Willen zur Tat werden lassen.

Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Holland ist leider nicht so gesichert, wie die Auslandspresse nach dem Regierungsentwurf zur Verfassungsreform geschlußfolgert hat. Der betreffende Abschnitt des Entwurfs ist nicht mehr als ein Plankowechsel, den die Gesetzgeber einlösen können oder auch nicht. Es ist ebenfalls noch zweifelhaft, ob das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt wird. Wie die Dinge liegen, wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Reaktion triumphiert und viel Wasser in den Wein der Demokratie schüttet, der den Massen nur rein gereicht werden wird, wenn sie erwachen und selbst gleiches volles politisches Recht für alle großjährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts fordern. Unter Führung des Bundes der sozialistischen Frauenklubs wirken unsere Genossinnen in diesem Sinne.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Wie ist die Reichswochenhilfe auszugestalten? Die Einführung der Reichswochenhilfe bedeutet an sich gewiß einen sozialpolitischen Fortschritt. Es muß jedoch gesagt werden, daß sie sowohl

hinsichtlich der Ausdehnung ihrer Anwendung als auch ihrer Leistungen noch recht unzulänglich ist. Selbst von bürgerlichen Vereinigungen, wie dem Bund für Mutter- und bürgerlichen Sozialpolitikern, wie Professor Mayet, ist schon vor dem Kriege Besseres gefordert worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat daher im Reichstag den Antrag eingebracht, die Bundesratsverordnungen über die Wochenhilfe während des Krieges zu erweitern. Zurzeit erhalten die Reichswochenhilfe nur die minderbemittelten Wöchnerinnen — wenn der Vater des Kindes Kriegsteilnehmer ist — und die selbst bei einer Krankenkasse versicherten Wöchnerinnen. Die Sozialdemokraten beantragen, den Kreis der Bezugsberechtigten auf alle minderbemittelten Schwangeren und Wöchnerinnen auszudehnen, auch wenn der Vater der Kinder nicht Kriegsteilnehmer ist. Als minderbemittelt gelten jetzt schon alle Wöchnerinnen, deren Einkommen zusammen mit dem ihres Ehemannes im Jahre vor dessen Dienst Eintritt den Betrag von 2500 Mk. nicht übersteigt und deren Einkommen nach Dienst Eintritt höchstens 1500 Mk. und für jedes Kind unter 15 Jahren höchstens weitere 250 Mk. beträgt.

Das Wochengeld ist zurzeit auf die Dauer von acht Wochen zu gewähren. Es soll auf zwölf Wochen ausgedehnt werden, von denen mindestens sechs Wochen in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Diese Bestimmung soll bewirken, daß die Wöchnerin schon vor der Niederkunft Fürsorge in Anspruch nehmen und ihre Erwerbsarbeit niederlegen kann. Die Schwangerschaftsbeschwerden verbieten es recht häufig, daß die Frau bis zur Entbindung dem Verdienst nachgeht, im allgemeinen sollte sie das nicht bis zu ihrer schweren Stunde tun. Wegenwärtig ist aber die Wöchnerin in dieser Zwischenzeit ohne jede soziale Fürsorge. Das Wochengeld beträgt zurzeit pro Tag 1 Mk., und — da es auch Sonn- und Feiertags gewährt werden muß — pro Woche 7 Mk. Mit diesem Gelde ist natürlich bei der erheblichen Verteuerung der Lebensmittel nicht auszukommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt deshalb, es auf 1,50 Mk. täglich zu erhöhen. Das Stillgeld beträgt 50 Pf. täglich, und da es ebenfalls für Sonn- und Feiertage zu gewähren ist, 3,50 Mk. Nach der sozialdemokratischen Forderung hätte es künftig 75 Pf. täglich zu betragen; soll es doch besonders dazu dienen, die Mutter gesundheitlich zu kräftigen. Und wie teuer sind jetzt die Mittel dazu!

Die Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion sind noch sehr bescheiden. So verlangte Professor Mayet bei Ausbruch des Krieges, daß die von ihm vorgeschlagenen Kriegskrankenkassen das Stillgeld statt 12 Wochen wenn nötig 39 Wochen zu zahlen. Weiter forderte er vollkommen freie Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden durch den Arzt und Hebammen (die jetzt nur bis zum Betrag von 10 Mk. bezahlt wird) und vollkommen unentgeltliche Entbindung und Behandlung im Wochenbett. (Jetzt wird dafür nur ein Betrag von 25 Mk. gewährt, wenn die Krankenkasse keine andere Bestimmungen getroffen hat.) Professor Mayet befürwortete außerdem noch Hauspflege durch Pflegerinnen bis zur Dauer von sechs Wochen usw.

Die geforderte Ausgestaltung der Reichswochenhilfe ist so dringend, daß sie nicht bis nach Beendigung des Krieges verschoben werden darf. Die lange Dauer des Krieges hat eine abermalige und zwar ganz gewaltige Verminderung der Zahl der Geburten gebracht. Man kann nicht erwarten, daß dem in der ersten Zeit nach Friedensschluß die frühere Geburtenziffer wieder erreicht wird. Es war damit gerechnet worden, daß die gesamte Reichswochenhilfe pro Jahr 60 Millionen Mark kosten würde. Dieser Betrag wird indes wenigstens zunächst nicht entfernt aufwendet werden. Auch dieser Umstand stützt die Forderung, die soziale Fürsorge für Mutter und Kind so bald als möglich zu erweitern. Selbst vom Standpunkt der herrschenden Klassen aus kann das Geld nirgends „produktiver“ angelegt werden, als in der Mutter- und Kindfürsorge.

F. Kl.

Gewerkschaftliches.

Eine gewerkschaftliche Frauenzeitung erscheint seit dem 1. Januar vierzehntäglich. Ihre Gründung entspricht dem Beschluß der Konferenz von Gewerkschaftsvorständen, den wir seinerzeit mitgeteilt und gewürdigt haben. Das Blatt erscheint im Verlag von Karl Legien, Berlin. Verantwortliche Redakteurin ist Genossin Gertrud Hanna, die erfahrene Gewerkschaftssekretärin, die sich eifrig um die Organisierung der Arbeiterinnen bemüht.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.